

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erstausgabe am 1. August 1920. - Preis pro Nummer 20 Pfennig. - Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands wird die Zeitung unter dem Namen „Der Steinarbeiter“ in der Reichs-Druckerei in Berlin herausgegeben.

Schriftleitung und Verlagsstelle:  
Leipzig  
Berberstraße 1, IV., Viktoriahotel  
Telephon 7202.

Schluss des Blattes: Montags, mittags 12 Uhr. - Anzeigengebühr für die dreispaltige Kleinzeile 2.- M. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einreichung der Kosten aufgenommen.

Nr. 33.

Sonnabend, den 14. August 1920.

24. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

**Schweiz.** Die Firmen D. Frang und W. Schumann in Oberalp, Paracombes, Matthes, Demit, Frana Reis in Reichenbach, Branstetter, Frana C. F. Betge, Götting (Reichenbach), Götting in Reichenbach (Reichenbach) und der Umgegend.

**Deutschland.** Die Firmen D. Frang und W. Schumann in Oberalp, Paracombes, Matthes, Demit, Frana Reis in Reichenbach, Branstetter, Frana C. F. Betge, Götting (Reichenbach), Götting in Reichenbach (Reichenbach) und der Umgegend.

**Frankreich.** In Frankreich sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Italien.** In Italien sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Österreich.** In Österreich sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Polen.** In Polen sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Ungarn.** In Ungarn sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Russland.** In Russland sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Japan.** In Japan sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Schweden.** In Schweden sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Dänemark.** In Dänemark sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Norwegen.** In Norwegen sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Finnland.** In Finnland sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Litauen.** In Litauen sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Estland.** In Estland sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Lettland.** In Lettland sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Polen.** In Polen sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Ungarn.** In Ungarn sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Russland.** In Russland sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Japan.** In Japan sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Schweden.** In Schweden sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

**Dänemark.** In Dänemark sind seit 23. Juni die Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmetzen und Schiefer in Frage. Die Arbeiterinnen versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Bedingungen zu werden. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

breit machen kann und wir dann gesehen müssen, wie sich die Vermögensmittel gegen die russische Sowjet-Republik richten! Das ist es, was zunächst zugewandt werden muss und in erster Linie die Gewerkschaften mit ihren 8 1/2 Millionen Mitgliedern auf den Plan rufen, die dann in Verbindung mit den politischen Parteien das Nötige kurz entschlossen zu veranlassen haben. Liegt deren Entscheidung vor, dann, Kollegen, gilt es danach zu handeln!

## Trübe Aussicht.

Die Wirtschaftslage im deutschen Staatsgebiet und die des Staates selber ist wirklich sehr trübe. Der Reichsminister der Finanzen Dr. Brüning hat in einer Denkschrift an den Reichstag, von der Auszüge in der Tagespresse veröffentlicht wurden, die Finanzlage des Reiches darlegt, die mit Angst und Recht trübsinnig genannt werden muss. Ungeheure Summen, die man früher sich nicht auszubedenken wagte, werden jetzt freilich genannt. Millionen sind heute im Reichsbedarf eigentlich mit einem untergeordneten Begriff, jetzt geht es nur noch nach Milliarden. Unwillkürlich erinnert man sich dabei seiner Schulzeit, wo vom Lehrer von den 5 Milliarden Franz Krösenschenkung 1870 erzählt wurde. Erst die Erläuterung, dass es so viele Eisenbahnwaggons nötig waren, um die großen Summen zu bergen und zu transportieren, erleichterten uns Kindern das richtige Erfassen und die richtige Vorstellung von der Bedeutung und dem Inhalt des kurzen Wortes: Milliarde. Der Krieg hat uns hier wie auf so manchen anderen Gebieten die Begriffe geändert und der Finanzbedarf des Reiches trägt weiter dazu bei, uns die Augen vor den Milliardensummen abzugewöhnen. Nicht nur in der Denkschrift von dem ungeheuren Finanzbedarf, sondern in manchen anderen Stellen und in dem Wortlaut des Reichsbedarfs, dass der Bedarf noch immer höher steigt, dann müssen jedem Staatsbürger vor lauter Bestimmung die Haare zu Berge stehen, einzelne wägen aufzufassen er vom Staatsgebiete blickt. Denn die benötigten Mittel müssen in der verschiedensten Form von dem Gesamtvolke aufgebracht werden und die Voraussetzung für die Aufbringung ist im Grunde Arbeit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsmangel im weitesten Begriff. Wie es nun mit dieser Voraussetzung für die Arbeiter bestellt ist, weiß jeder Kollege, es sind also tatsächlich recht trübe Aussichten in die Zukunft für die Gesamtheit wie für den einzelnen, die sich aufzuheben. Wir bringen zur Orientierung einige wichtige Angaben aus der angelegenen Denkschrift: Gegenüber den Schätzungen, die vor dem Reichstag in der Denkschrift über den künftigen Finanzbedarf des Reiches und keine Deutung gegeben worden sind, stellt sich gegenüber der tatsächliche Bedarf des Reiches als erheblich größer und die finanzielle Lage Deutschlands damit erheblich schwieriger dar. Hatte man im Sommer 1919 angenommen, dass der laufende Steuerbedarf des Reiches sich auf etwa 17 1/2 Milliarden Mark belaufen würde, so zeigt sich jetzt ein Bedarf von rund 25 Milliarden Mark an laufenden Einnahmen. Darin sind noch keine Summen für die Betriebsverwaltungen enthalten. Die grundsätzliche Umwertung aller Verhältnisse hat die Grundlage für die Schätzung, die vor kaum einem Jahre vorgenommen worden ist, vollkommen geändert.

Die Entwertung der Mark wirkt ihrerseits zurück auf die Preisgestaltung im Inland. Eine Preisrevolution, wie sie wohl kaum jemals bei einem großen Volke in dieser kurzen Zeit eingetreten ist, liegt sich durch und führte ihrerseits wieder zu dem Bestreben, die Einnahmen dieser Preissteigerung anzupassen. Die Minderwertigkeit auf die Reichsfinanzen und die Finanzen aller übrigen öffentlichen Körperschaften konnte natürlich nicht ausbleiben. Sie zeigt sich in den außerordentlich stark gewachsenen Aufwendungen für den Personalbedarf der öffentlichen Körperschaften, zeigt sich aber auch in den stark erhöhten Ausgaben für den Sachbedarf. Die allgemeine Umwertung der Preise macht sich besonders verhängnisvoll geltend auf dem Gebiete der staatlichen Verkehrsunternehmen. Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens hat man es beim Staate vermieden, die Tarife der Post wie der Eisenbahnen so zu gestalten, dass ein voller Ausgleich an die allgemeine inländische Preisentwicklung erfolgt wäre. Die außerordentlichen Preissteigerungen, welche diese Betriebsverwaltungen des Reiches aufzuweisen haben, sind in gewissem Sinne Aufwendungen zugunsten der Volkswirtschaft; denn hätten die Verkehrsverwaltungen in gleicher Weise ihre Preise in die Höhe geholt wie die Privatindustrie, dann hätte es nicht ausbleiben können, dass das Wirtschaftsleben mehr oder weniger gestoppt worden wäre. Im übrigen ist es fraglich, ob die Betriebsverwaltungen nicht durch die Erhöhung der Tarife leiden werden. Es bedarf der größten Energie der gesetzgebenden Faktoren und des höchsten Pflichtbewusstseins, sowie einer starken, großen Opferbereitschaft der gesamten Bevölkerung, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich bei der Neuordnung des Finanzwesens emporheben. Dazu ist notwendig, dass unser Volk den Ernst der Lage nach der wirtschaftlichen wie nach der finanziellen Seite hin endlich wirklich erfasst. Es muss sich zu der Ueberzeugung durchringen, dass nur mit großen Mitteln, mit kraftvoller Arbeit und strengster Pflichterfüllung gegenüber dem Reiche eine Besserung unserer ganzen Lage gefunden werden kann.

Die Denkschrift gibt dann eine genaue Uebersicht der Entwicklung der Reichsfinanzen von 1913 bis zur Gegenwart. Die Gesamteinnahmen und -ausgaben des Reiches in den Jahren 1913 bis 1919 betragen in

Jahr	Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben
1913	2.217,9	2.537,9
1914	2.350,8	8.633,8
1915	1.735,2	25.708,4
1916	2.028,4	27.740,9
1917	7.830,3	52.015,4
1918	6.795,0	44.630,7
1919	8.333,8	74.405,4

Von Beginn des Krieges bis zum Schluss des Rechnungsjahres 1919 waren 219,8 Milliarden Mark Kredite bewilligt. Es ist wichtig, dass man sich diese Summe vor Augen hält, weil in ihr die Höhe der Reichsschuld zum Ausdruck kommt. Dann wenn die wirklich begrenzten Schuld noch nicht diese Höhe erreicht hat, so hängt dies eben damit zusammen, dass die Ausgaben, für welche die Kredite bewilligt wurden, noch nicht völlig vollzogen sind. Im Jahre 1920 werden neue Kredite notwendig sein, besonders mit Rücksicht auf die Eisenbahnverwaltung. Weiter oben haben sich die Schulden der Gliedstaaten und der Gemeinden infolge der ihnen im Kriege überwiesenen Aufgaben gleichfalls stark erhöht. Diese Summen müssen, wenn man die Kosten des Krieges zusammenfassen will, miteinberechnet werden. Was notwendig ist, wenn wir wieder zu gelunden finanzpolitischen Verhältnissen kommen sollen, das ist in erster Linie eine möglichst weitgehende Klarheit über die tatsächliche Lage unserer Finanzen. Dazu gehört die Abkehr von der Kriegswirtschaft, die schon im Jahre 1919 angebahnt worden ist und die Rückkehr zu den alten Grundrissen jeder gesunden Finanzwirtschaft, dass die Ausgaben für die einzelnen

Zwecke besonders ausgeworfen und verrechnet werden und dass die nötigen Einzelanweisungen vorgenommen werden.

Die Schätzung der zu erwartenden Einnahmen für das Rechnungsjahr 1920 bezeugt nicht minder großen Schwierigkeiten als die Schätzung der Ausgaben.

An Einnahmen sollen für die Reichssteuer gewonnen werden aus:

Reichssteuer	Mil. M.	Körperschaftsteuer	Mil. M.
Einkommensteuer	2250	Einkommensteuer	300
Kapitalertragsteuer	2100	Einkommensteuer	496
	1300	Besteuer	100

aus diesen direkten Steuern zusammen sollen also 6 1/2 Milliarden Mark aufkommen.

Neben diesen laufenden Einnahmen aus Reichssteuern sind an direkten Steuern eingestellt 3 Milliarden Mark aus der Kriegszugabe vom Vermögenszuwachs.

Was die Stempel- und Verkehrssteuern anbetrifft, so sollen sie zusammen 1030 Millionen Mark beitragen, wovon auf Personen- und Güterverkehr allein 530 Millionen Mark entfallen sollen.

Einen Posten für sich bildet die Umsatzsteuer. Ihr Ertrag ist nach Abzug von 15 Prozent für Länder und Gemeinden auf 3102 Millionen Mark geschätzt. Bei der gewaltigen Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus dürfte diese Schätzung wohl begründet sein.

Aus den Verbrauchssteuern, Zöllen und Monopoleinnahmen erhofft man einen Gesamtbeitrag von 9087 Millionen Mark. Die Hälfte dieser Summe soll allein aus der Kohlensteuer aufkommen. Bei den hohen Kohlenpreisen ist eine solche Erwartung rechtlich begründet. Geben aber die Kohlenpreise zurück, so ist es sehr fraglich, ob die genannte Summe aus dieser Steuer gewonnen werden kann.

Auch die Zölle sind mit einer Ziffer eingesezt, die sehr hoch erscheint (2,5 Milliarden Mark). Die Ursache für diese Höhe bildet das Aufgeld, das infolge der Vorkriegs- und Kriegszugabe der Zölle entrichtet werden muss. Ohne dieses Aufgeld würde der Zollbeitrag bedeutend niedriger sein als in der Friedenszeit.

Die Labortsteuer wird wohl einen wesentlich höheren Ertrag bringen, als man bei der Schaffung der neuen Labortsteuer erwarten durfte. Der Labortverbrauch ist immer noch hoch und damit erscheint die Schätzung auf 1 Milliarde nicht unbegründet.

Eine Steuer, von der gute Einnahmen erwartet werden dürfen, ist auch die Biersteuer. Ihr Ertrag ist mit 250 Millionen Mark eingesezt, was sich aus den hohen Bierpreisen der Gegenwart erklärt.

Dagegen sind die Biersteuer und die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol noch sehr bedeutend geringer eingesezt, als man bei der Durchführung der betreffenden Steuerreformen im Betrachtungszustand im Beharrungszustand 800 Millionen Mark gewonnen werden. Die Einnahmen aus der Branntweinsteuer werden über einhundertprozentig nur auf 200 Millionen Mark geschätzt. Die Einnahmen aus der Biersteuer ist bloß mit 100 Millionen Mark in den Haushalt eingestellt mit Rücksicht auf den auch heute noch so stark beschränkten Konsum.

Zieht man die einzelnen großen Gruppen der Steuereinnahmen zusammen, so ergibt sich für die Reichssteuern folgendes Bild. Es sollen aus den laufenden direkten und den

Reichssteuer	Mil. M.
Reichssteuer	10,88
aus einmaligen direkten Steuern	3,0
aus Zöllen, Verbrauchssteuer und Monopoleinnahmen	9,1

also zusammen 22,98 Milliarden Mark.

An sonstigen Einnahmequellen sind hervorzuheben: die Einnahmen aus dem Bankwesen und die Ausfuhrabgaben. Die Ausfuhrabgaben sind in der vorläufigen Schätzung mit 1 Milliarde Mark angezählt. Doch ist zu bedenken, dass diese Erträge außerordentlich großen Schwankungen unterworfen sein können, um so mehr als eine gewisse Unsicherheit bezüglich der Fortsetzung der Ausfuhrabgaben bis zum Jahresabschluss besteht. Die Einnahmen aus dem Bankwesen sind mit 950 Millionen Mark eingesezt.

Endlich sind an neuen Steuern, die noch nicht bewilligt wurden, vorgezogen: 2922 Millionen Mark.

Die Post- und Telegraphenverwaltung schätzt ihre Einnahmen auf 3648,8 Millionen Mark, ihre gesamten Ausgaben auf 4519,3 Millionen Mark, so dass ein Fehlbetrag von 870,5 Millionen Mark sich ergeben würde. Nach den vorläufigen Ergebnissen aber scheint es, dass dieser Fehlbetrag sich auf annähernd 1 Milliarde Mark erhöhen dürfte.

Einer der dunkelsten Punkte in dem Gesamtbild der Reichsfinanzlage ist der Haushalt der Reichsfinanzverwaltungen. Hatte man zu Beginn des Rechnungsjahres 1920 angenommen, dass der Fehlbetrag bei dieser Verwaltung sich auf 12 Milliarden Mark betragen würde, so zeigt sich jetzt, dass auch diese Summe nicht ausreichen wird. In dem Entwurf eines Gesetzes über die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 wird festgelegt, dass nach neueren Berechnungen der Fehlbetrag für das erste halbe Jahr 1920 sich auf 7900 Millionen Mark belaufen wird. Für ein ganzes Jahr würde demnach der Fehlbetrag die ungeheure Höhe von 15,6 Milliarden Mark erreichen.

Zusammenfassend ergibt sich bezüglich des Haushalts für 1920 demnach folgende vorläufige Uebersicht:

Die Einnahmen aus Zöllen und Steuern, die Monopoleinnahmen und Ausfuhrabgaben, die Einnahmen aus dem Bankwesen und sonstige kleinere Einnahmen sollen insgesamt 27,77 Milliarden Mark erbringen, darunter 2,9 Milliarden Mark aus einmaligen Steuern, die noch nicht bewilligt sind, und 3 Milliarden Mark aus einmaligen Steuern. Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind, nach Abzug von 180 Millionen Mark Rücknahmen, veranschlagt mit 27,7 Milliarden Mark. Würden die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben sich so gestalten, wie sie im vorläufigen Etat sind, so würden, wie schon erwähnt, sich die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Etats die Waage halten. Infolge der Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse und infolge des schwankenden Geldwertes ist es jedoch fraglich, ob dieses Ergebnis erreicht werden kann. Die Gehaltsausgabe des außerordentlichen Haushalts würde demnach 24,5 bis 27,6 Milliarden Mark betragen.

Der Gesamtbedarf des außerordentlichen und ordentlichen Haushalts ist in dem vorläufigen Etat auf 52,3 bis 55,3 Milliarden Mark anzusetzen, wovon rund die Hälfte durch die Einnahme des ordentlichen Etats Deckung finden soll.

Aus den vorstehenden Angaben spricht der Ernst der Lage, in der wir uns als Volk befinden. Hinzu kommt die Beschneidung und Hungertumulten von Arbeitshänden, die gern schaffen wollen, um leben zu können. Es dreht sich tatsächlich um alles. Wenn es nicht gelingt, die Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet und jene in der Finanzlage des Staates zu überwinden, dann treiben wir einer Katastrophe



werden kann, und daß vorher alle Mittel friedlicher Weise  
verwendet werden müssen, ehe zum letzten Mittel  
gegriffen wird. Die Einigungsämter der Gewerkschaften, die Schlichtungs-  
auschüsse sind mit der Entscheidung über Fragen der Lohn-  
und Arbeitsbedingungen zu betrauen. Sehen wir hier, es mehren  
sich die Fälle, wo der Zwang der leidlichen Not bei den einzelnen  
größer ist als das Solidaritätsgefühl mit seinen Arbeitsgenossen,  
ziehen wir aus den Zuständen die richtige Konsequenz, dann  
wird die Kampfkraft der Gesamtheit in keiner Weise geschwächt,  
sondern gefäht das Gleich dieser Seiten überdauern und uns  
unseren größeren Zielen näherbringen."

### Warnung!

Seit Wochen treibt ein angeblicher Steinarbeiter mit einem Ver-  
bandsbuch Nr. 18647 auf den Namen **Dorigo**, geb. 21. Juni  
1881 zu Nittenbach a. O. seinen unangenehmen Schwindel.  
Beim Austausch nehme man **immer** nur das Verbandsbuch ab,  
sonst überbehalte man die nächsten Folgen. Er hat, soweit es bis jetzt  
bekannt wurde, sich unter folgenden Verhältnissen Gelder erschwindelt  
von den Gewerkschaftsleuten **Orina** und **Heimich**, den  
Zahlfleuten **Penig**, **Fina**, **Säba**. In Siegen hat er die  
Frau eines Kollegen um 110 M. gepöbelt, den Gemeindevorstand in  
Söhren um 20 M. usw. Dieser Schwindler behauptet, vom  
Verband eine Streikunterstützungssumme von 200 M. zu haben,  
trübt auch recht rotund auf und redet hauptsächlich auf die Unter-  
stützung unserer Zahlfleuten an. Die Gepöbelten kommen mit  
ihren Forderungen an den Vorstand, der natürlich nicht böser ist,  
wenn solchen Personen entgegen unserem Statut Gelder ausgeschüttet  
werden. Darum Borsticht und zugegriffen!

Wenn Schluß des Blattes wird uns noch mitgeteilt, daß dem vor-  
stehend genannten Schwindler Dorigo ein Buch in Würzen am  
13. Juni 1920 ausgehändigt wurde. Er war Mitglied des Ortsvereins  
verbundes und behauptete, seine Mitgliedschaft zu sein. In aller  
Eile hat man dadurch, daß die Zahlfleuten irrtümlicherweise den Hebertritt  
vollzogen, zwei Verbandsbücher und zieht wenn er Dumm  
findet, beide Organisationen aus. Heberliste werden nur im Haupt-  
vorstand erledigt. Das mögen unsere prüfenden Kassierer bitte un-  
bedingt beachten. Dem Dorigo sind demnach beide Bücher abzu-  
nehmen und an den Verbandsvorstand einzuführen.

### Aus den Zahlfleuten.

Würzen, Am 23. Juli hielt die Zahlfleute Würzen ihre  
Generalversammlung im Gasthof Lüpfli ab. Vorsitzender Pfälzer  
eröffnete die Versammlung mit der Tagesordnung: Abrechnung  
vom 2. Quartal, Revisorenbericht, Stellungnahme zu dem Bericht  
von der uns zugewandten Begebauungs-Industrie Nord-Westdeut-  
schlands Allgemeinen. Kollege **Hennig** erstattete den Revisorenbericht  
vom 2. Quartal. Eine Gesamteinnahme von 1822.40 M. nach Ab-  
zug der uns zulässigen Anteile ist dies der Hauptposten zugewandt.  
In der Lokalfasse blieb ein Kassenbestand von 401.55 M. am  
Schlusse des 1. Quartals. Im Laufe des 2. Quartals hatte die  
Lokalfasse eine Einnahme von 1018.11 M., der eine Ausgabe von  
408.29 M., für Verwaltung persönliche und sachliche gegenüber-  
stand. Bleibt ein Bestand von 603.32 M. Der Mitgliederbestand  
beträgt am Schlusse des 2. Quartals 155 männliche, 27 weibliche.  
Kollege **Gorbag** gibt den Revisorenbericht, erklärt, Belege, Marken  
und Kassenbestand mit den Büchern übereinstimmend befunden zu  
haben. Erlassung des Kassierers wird einstimmig beschlossen. Der  
3. Punkt wird vom dem Kollegen **Holzweilig** in ausführlicher Weise  
sargelegt. In der Debatte sprechen sich die Kollegen Pfälzer, Frö-  
lich, **Leban** und **Sarbag** gegen die Materie aus. Folgender Antrag  
wird angenommen: "Die Generalversammlung in Lüpfli lehnt den  
Entwurf der Begebauungs-Industrie Nord-Westdeutschlands be-  
treffend der Schlichtungsämter ab. Die Zahlfleute Würzen beantragt eine  
nochmalige Beratung über den § 5 der A. B. mit den Unter-  
nehmern." Der Schlichtungsbericht, der noch beim Demobilisierung-  
amt liegt, wurde von der Versammlung scharf kritisiert und folgen-  
des beschlossen: "Der Gauleiter ist zu fragen, was für Mittel er  
angewandt hat, um den Schlichtungsbericht für verbindlich erklären zu  
lassen. Die Angelegenheiten sind nicht mehr geneigt, sich die Ver-  
schleppung gefallen zu lassen und ersuchen binnen 3 Tagen Be-  
scheid zu Händen des Kollegen Pfälzer, Würzen." Ferner ist die  
Versammlung der Meinung, daß die Schlichtungsämter, die für  
die Industrie- und Schlichtungsindustrie zu schaffen sind, nicht das  
Recht zugestanden werden kann, endgültig zu entscheiden. Den  
Kollegen muß als letztes Mittel immer noch der Streit gewähre-  
leistet werden. Ferner ging noch ein zweiter Antrag ein: Infolge  
der fortgeschrittenen Teuerung der Lebensmittel (hauptsächlich Brot und  
Kartoffeln), soll in nächster Zeit eine Bezirkskonferenz einberufen  
werden, die Stellung zu einer neuen Lohnforderung nehmen soll.  
Auch dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

**Blauberg.** In Nr. 31 des "Steinarbeiter" war unter **Blauberg**  
ein Artikel zu lesen, der einige Kollegen der Zahlfleute **Blauberg**  
verdächtigt. Hauptächlich sollen es Quertreiber sein, die der  
Zahlfleutenverwaltung, die nach Angabe des Artikelschreibers ihr  
ganzes Wissen und Können in den Dienst der Organisation stellt,  
das Arbeiten so schwer machen. Der ganze Artikel spiegelt nur  
den Necker eines erst kürzlich abgelebten Vorhändels wider. Um  
nun kein falsches Bild aufkommen zu lassen, ist es unsere Pflicht,  
die Sache ins richtige Licht zu stellen. Die Behauptung, daß in  
unserer Zahlfleute Nörgler und Quertreiber vorhanden sind, ist  
unwahr. Da wir genau wissen, welche Kollegen der Artikelschreiber  
meint, so sei hier konstatiert, daß gerade diese vermeintlichen  
Nörgler und Quertreiber es sind, die die Ortsverwaltung in jeder  
Hinsicht am meisten unterstützen; vorausgesetzt immer, daß es sich  
hier um das Gesamtinteresse der Kollegen handelt. Eine einseitige  
Politik aber, die vom besagten Artikelschreiber und einigen seiner  
Komplizen in der letzten Zeit so reger betrieben wurde, muß auf  
das entschiedenste bekämpft werden. Erst bei Abschluß des letzten  
Quartals mußte wieder so ein vermeintlicher Nörgler die Bücher  
und Abrechnungen, die unter der Leitung des Bezirksleitenden sich  
in einem geradezu jämmerlichen Zustand befanden, in Ordnung bring-  
gen. Ferner wird der Vorwurf erhoben, daß gerade unter der  
Leitung dieser Nörgler der Grundlohn vor Inkrafttreten des  
Bayerischen Tarifgesetzes einer der schlechtesten im Reich war.  
Daß gerade der Grundlohn, sowie überhaupt der ganze Tarif  
des Bayerischen Reiches vor Abschluß des neuen Tarifgesetzes  
einer der schlechtesten war, muß zugegeben werden. Hierüber aber  
die Zahlfleutenverwaltung **Blauberg** verantwortlich machen, das geht  
dennoch zu weit. Man muß da unwillkürlich die Frage auf-  
werfen, wie es denn eigentlich kam, daß die Redaktion einen solch  
unberechtigten Vorwurf im "Steinarbeiter" zuließ? Bei Abschluß  
des Tarifgesetzes 1908 und 1914 war doch immer ein Vertreter  
der Zentrale, sowie der Gauleiter amwesend. Folglich ist also auch  
hiermit eine Verleumdung dieses Kollegen widerlegt. Den Vorwurf  
stellt dieser Kollege erst auf mit der Behauptung, daß diese Nörgler  
heute nun wieder an der Arbeit sind, die Arbeiterschaft **Blauberg**  
zu zersplittern, um die alten Mißstände wieder herbeizuführen? Dieser  
Kollege möchte den Steinarbeitern **Blaubergs** mehr Kollektivitäts-  
gefühl empfehlen, er selber aber besitzt nicht das geringste davon.  
Es würde zu weit führen, auf alle Einzelheiten einzugehen. Wir  
möchten nur noch bloß über die Tätigkeit des Artikelschreibers als  
Vorhändel unserer Zahlfleute einiges berichten. Zuerst holte er  
sich von diesen angeblichen Nörglern Auskunft, wie dies und jenes  
gemacht werde. Als er dann so ziemlich auf die Spitze gestellt war,  
da ließ er, wahrscheinlich von etlichen Nabilanten unterstützt, bei  
einem Kundentag abstimmen, wer dafür sei, daß jene Kollegen,

die zu Hause etwas Landwirtschaft haben, entlassen werden. Ob-  
wohl bei dieser Abstimmung bloß circa 10 bis 15 Kollegen dafür  
stimmten, so wurde er trotzdem beim Betriebsleiter vorstellig und  
verlangte, daß laut Versammlungsbeschluß die anfälligen Kollegen  
zu entlassen sind. Nur der Besonnenheit des Betriebsleiters ist es  
zu verdanken, daß die Entlassung dieser Kollegen nicht vorgenom-  
men wurde. Daß unter diesen Umständen ein Zusammenarbeiten  
mit einem solchen Vorhändel nicht mehr möglich war, ist selbst-  
verständlich. Ein sehr schlechter Zug ist es von dem Kollegen, daß  
er seinen unwahren Artikel erst dann veröffentlichte, als er schon  
etliche Wochen den Blauberger Staub vor seinen Füßen geschüttelt  
hat. Vielleicht lernt er auch noch, den Egoismus zu bekämpfen, und  
das Solidaritätsgefühl nicht mit dem Geldbeutel vertauschen. Dies  
ist letzten Grunde von den Blauberger Kollegen. **A. A.**

**Redaktion:** In dieser Angelegenheit, wo nun beide Seiten  
zum Wort gekommen sind, ist damit Schluß. Es ist ein Mißstand,  
der ernstlichst nur in wenigen Jahrestellen in Erscheinung  
tritt, verhältnismäßig aus derselben Erde, daß versucht wird, ört-  
liche Differenzen zwischen Personen im "Steinarbeiter" zum Aus-  
schlag zu bringen. Der Schriftleitung gelingt es nicht immer, das zu  
verhindern, weil die Grenze zwischen wahren und unwahren Be-  
hauptungen über örtliche Verhältnisse von hier aus schlecht gezogen  
werden kann. Daher ruft sie hin und wieder manches durch, was  
dann der örtlichen Prüfung nicht standhält. Auf alle Fälle ist es  
unstatthaft, die Schriftleitung auf die Art zu hintergehen, indem  
im Druck die Uebersetzung für die gute Sache geschrieben wird  
und in Wirklichkeit ist dann persönlicher Streit die Triebfeder.  
Unser Redaktions-Papier ist ja soweit schon gefällig genug,  
er hat also gute Aussicht für die Zukunft, wenn wir die Lehre aus  
dem Blauberger Sache ziehen. Unser dringender Wunsch ist, daß  
man örtliche Meinungsverschiedenheiten auch am Ort zum Austrag  
bringt; mit Artikeln im "Steinarbeiter" ist die Angelegenheit selten  
zu erledigen, bringt eher Verschärfung als wie Verständigung oder  
Ausgleich.

### Unsere Mitgliederbewegung im II. Quartal 1920.

Zugang:	
Bestand am Schluß des I. Quartals 1920	47 201
Eingetreten im laufenden Quartal	4 274
Übergetreten von anderen Verbänden	1 895
Zugereist bzw. vom Militär entlassen	978
	54 348
Abgang:	
Im laufenden Quartal ausgetreten	1 124
Wegen rückständiger Beiträge gezerrigen	271
Laut § 3, Absatz 5 b. ausgegliedert	10
Zu anderen Organisationen übergetreten	1 226
Abgereist aus den Zahlfleuten	1 606
Im II. Quartal gestorben	69
	4 306
Bestand und Zugang	54 348
Abgang	4 306
Mitgliederbestand am Schluß des II. Quart. 1920	50 042
Davon sind weibliche	785

**Meß.** Der fast überall zutage tretende schlechte Geschäftsgang  
macht sich auch bei uns in der Werksindustrie mit jedem Tag  
mehr bemerkbar. So hat die Firma **C. Beller** seit 24. Mai die  
Arbeit überhaupt eingestellt, bei anderen Firmen wird verfürzt  
gearbeitet, 4-5 Stunden täglich. Daß die Unternehmer oder Ver-  
führer sich solche Geschäftslage noch den Arbeitern gegenüber zu-  
muth machen, sind wir ja von vor dem Krieg nicht anders ge-  
wohnt. So ist es auch jetzt. Im Betrieb **Störnschein** (Firma **Brudner**)  
wurde, während die anderen Firmen auf Pfaster mit Hochdruck  
arbeiten und Einstellungen vornehmen, die Arbeitszeit verkürzt;  
trotzdem dort fast durchwegs Pfaster aus dem besten hier vor-  
kommenden Material angefertigt wird. Der dortige **Folter**  
mann brachte es fertig, zwei Hilfsarbeitern zu kündigen und sie  
auch zu entlassen. Die Kündigung war ungültig, weil nicht zur  
vorgezeichneten Zeit erfolgt, auch ungeschicklich. Vom Vorhändel  
darauf aufmerksam gemacht, hatte **Foltermann** bloß ein Lächeln  
über die Sache. Anders der Schlichtungsausschuß **Weiden**, bei dem  
Masse eingereicht wurde. Er verurteilte die Firma zur Bezahlung  
sämtlicher Arbeitstage seit der Entlassung mit sofortiger Wieder-  
einstellung. Darob große Entrüstung bei Herrn **Foltermann**. Bei  
Wiederbeginn der Arbeit der beiden meinte er, sie sollten sich  
schämen, in einem Betrieb wieder anzufangen, dessen Inhaber man  
zuvor verklagt hat. Wir sind anderer Ansicht, Herr **Folter**  
mann! Wo war denn das Scham- oder Ehgefühl bei Ihnen,  
als Sie es wagten, zwei Familienväter, beide Kriegsteilnehmer (der  
eine 30 Monate in Gefangenschaft) auf die Straße zu setzen? Oder  
wo bleibt beides jetzt, wo man fleißig beobachtet ist, beide Arbeiter  
für die eingereichte Klage büßen zu lassen? Herr **Foltermann**, wir  
raten Ihnen, zu begreifen, daß eine andere Zeit für die Arbeiter  
eingetreten und die Zeit der Willkür wie früher vorbei ist. Die  
Regelung, die dort wieder Platz gegriffen hat, indem man die  
Hilfsarbeiter bloß sechs Stunden beschäftigt, die Pfasterer acht  
Stunden, soll bloß wieder eine Eskime gegen die Hilfsarbeiter  
darstellen, da, wir werden die Sache gelegentlich weiter verfolgen.  
Den Arbeitern im Betrieb **Störnschein** rufen wir zu: Stellt Euren  
Mann wie bisher im Verband und bedenkt, daß Ihr allein machtlos  
den Unternehmern ausgeliefert seid!

**Freystadt a. M.** Am Donnerstag, dem 5. August, fand hier eine  
Mitgliederversammlung statt, die bewusstenweise mäßig besucht war.  
Unter Geschäftlichem teilte der Vorsitzende mit, daß für den aus-  
gewählten Kollegen **Falkhausen** 180 M. gesammelt und ihm überreicht  
worden sind. Hierauf teilte er den Schlichtungsbericht des Schlichtungs-  
ausschuß mit, der zu unseren Gunsten ausgesprochen wurde. Der Lohn  
hollt jetzt 5.85 M. für Steinmehrer und Schiefer betragen, rückwärtig  
ab 13. Juni. Ueber den Lohn der Hilfsarbeiter soll noch einmal ver-  
handelt werden. Der Schlichtungsbericht wurde von der Versammlung ein-  
stimmig angenommen. Kollege **Beck** sprach über den Verbandsbeitrag,  
und ist der Meinung, daß der Beitrag zu hoch ist, da die Arbeitszeit  
in unserer Branche zu kurz ist. Es wird noch lebhaft darüber debattiert,  
und ein Antrag an die Zentrale gestellt, welcher lautet: Die am  
Donnerstag, dem 5. August 1920 tagende Mitgliederversammlung der  
Frankfurter Steinarbeiter erkläre den Zentralvorstand, unternahmlich  
den Verbandsauschuß und Verbandsbeirat einzuberufen, um Stellung  
zu nehmen über die infolge der wirtschaftlichen Krise nicht mehr zehre-  
n über Beiträge. Die Frankfurter Kollegen bekräftigen, die Stoffe-  
lung der Beiträge noch Stundenlöhnen aufzuheben und eine Stufung  
nach Wochenlöhnen einzuführen. Daraus ist jedem Kollegen die  
Möglichkeit geboten, seinen Beitrag, keinem Verdienste anzupassen. Die  
Arbeitszeit schwankt hier noch zwischen 24 bis 36 Stunden.

**Bitterfeld (Rhön).** In welcher Weise das Basaltwerk  
heiligen Mühle in Oshen (Rhön) und deren Arbeiter von  
den Bruchmeistern **Hermann** **Bürl** und **Wilhelm** **Nüttger**  
betrogen wurden, ist hier mitgeteilt. Mitte Juli wurde dem Be-  
triebsrat des Basaltwerks mitgeteilt, daß eine größere Anzahl  
Kollegen, annähernd 40 Mann, entlassen werden müßten. Es  
wurde deshalb mit der Direktion verhandelt und stellte sich dabei  
heraus, daß die Ursache Mangel an Absatz und Inrentabilität des  
Werkes war. Nach Feststellung, die unsere Firma gemacht hatte,  
stellte sich der Selbstkostenpreis des Kubikmeter Schotter noch einiac  
Markt höher als der Verkaufspreis war. Der Betriebsrat machte  
auf verschiedene Ursachen aufmerksam, konnte aber die bestehenden  
Tatsachen damit nicht aus der Welt schaffen. Es wurde daraufhin  
vom Betriebsrat eine Liste der Belegschaft verlangt, wozu 66 Köpfe  
angabe der 40 Kollegen. Darauf legte der Betriebsführer eine Lohn-  
liste von einer Abschlagszahlung vom Juni vor. Zu dieser Liste

wurden aber Namen von Kollegen geführt, die vor einem  
halben Jahr teilweise beurlaubt, ja überhaupt nicht mehr  
im Betriebe tätig waren. Auf diese Weise wurden, wie bis jetzt  
festgestellt werden konnte, annähernd sechshundert Mann von beiden  
„Meistern“ unterschlagen und natürlich geteilt. Diese gestanten  
sich der Direktion, einer mündlich, der andere schriftlich. **Unser**  
**Firma** war schon seit Jahresfrist vom Arbeiterauschuß aufmerks-  
sam gemacht worden, besonders dem **Herzmann** **Bürl** nicht all-  
zuviel Vertrauen zu schenken, sondern ihn zu entlassen. Da dieser  
Betrüger hatte es durch seine Söldner fertig gebracht, daß im März  
sämtliche Steinrichter in den Streit treten mußten. Damit hat er  
auch unsern Verband und die beteiligten Kollegen außerordentlich  
geschädigt. Durch sein Lügengewebe hat er es durchgebracht, daß  
dem Arbeiterauschuß bei den damaligen Verhandlungen von der  
Direktion das größte Mißtrauen entgegengebracht wurde. Von der  
Betriebsleitung wurde ihm das Rücktrat immer sehr geneigt,  
sonst hätte es nicht vorkommen können, daß er auch noch Bismarck,  
der für Verhandlungen vorgelesen war, an Privatverlauf und  
das Geld einstecken können. Wenn man so leicht Geld verdient,  
dann kann man sich gewiß auch etwas leisten, wie Schokolade und  
jeden Tag eine Flasche Wein. In einem solchen Betrieb müssen  
natürlich die Löhne rüdwärts und der Betrieb selbst als unrentabel  
zugrunde gehen.

Weit mehr wird sicher noch die nähere Untersuchung ergeben,  
die hoffentlich von der Direktion eingeleitet wird. Im Spätherbst  
wurden hier bei einem Landwirt **Höpfel**, circa 3 Zentner, ge-  
stohlen und der Baum darauf geritten, daß der **Höpfel** 500 M.  
Belohnung für Ergreifung des Täters aussetzte. Jetzt endlich, als  
das Lügengewebe zerriß, stellte sich heraus, daß der Täter **Herzmann**  
**Bürl** war. Er brachte es fertig, die **Höpfel** im **Palmermagazin**  
der Arbeitsstelle, ¼ Stunde vom Ort entfernt, der Berg zu diesem  
hat eine Höhe von 669 Meter. Hilfe muß er dazu gehabt haben.  
**Bürl** hatte es auch fertig gebracht, einigen Kollegen dieselben An-  
sichten beizubringen, wie er sie hatte, dadurch wurden andere ge-  
schädigt. Solche Fälle könnte man noch viel anführen, aber der Raum  
im "Steinarbeiter" würde nicht groß genug sein, alles aufzuzählen.  
Unser Kollegen, besonders die Betriebsverteilungen, seien vor  
diesem Betrüger gewarnt!

**Metten.** Die Unternehmer des Bayerischen Reiches verstehen es  
vorzüglich, jede Lohnbewegung ungeheuer in die Länge zu ziehen.  
Seit Mitte April dieses Jahres stehen wir in Unterhandlung, damit  
der Grundstundenlohn des Bayer. Granitwerksteinarbeiter  
dem Stundenlohn im Fichtelgebirge gleichgestellt werde, von 67 auf  
75 Pf. Gleichzeitig sollte die Teuerungszulage zwischen dem Fichtel-  
gebirge und dem Bayerischen Reich mit 10 Prozent Differenz fest-  
gesetzt werden. Die Unternehmer des Bayerischen Reiches lehnten  
jeder Entgegenkommen bei der mündlichen Unterhandlung am  
6. Mai in Regensburg ab. Der Schlichtungsausschuß in **Deggendorf**  
hat in seiner Sitzung am 9. Juni einstimmig den Schlichtungs-  
bericht gefällig: Die Grundstundenlöhne des Bayerischen Granitwerksteinar-  
tarbeiter sind dem Fichtelgebirge gleichzustellen, die Teuerungszulage  
soll bis 1. Juni 1920 10 Prozent weniger, vom 1. Juni 1920 ab  
20 Prozent weniger als im Fichtelgebirge betragen. Wir haben  
uns diesem Schlichtungsbericht unterworfen, die Unternehmer nicht. Von  
der Gauleitung wurde die Angelegenheit an die Demobilisierung-  
stelle **München** geleitet, um die Verbindlichkeitserklärung des  
Schlichtungsausschußs herbeizuführen. Die Demobilisierungsstelle hat  
nun unsern Antrag an das Ministerium für soziale Fürsorge  
weitergeleitet. Auch die Lohnforderung von 600, 600 und 700 Prog.,  
die von der Gauleitung im Auftrage des Zentralvorstandes an den  
Unternehmerverband gerichtet wurde, wurde ohne jede mündliche  
Unterhandlung abgelehnt. Es muß hervorgehoben werden, daß die  
Unternehmer der kleineren Betriebe, die dem Bayerischen  
Steinindustrieverband nicht angehören, den Schlichtungsbericht des  
**Deggendorfer** Schlichtungsausschußs sofort anerkannten und  
auch danach zahlten. Wir haben nun in **Metten** die Lasköge  
zu verzeichnen, daß ein Arbeiter, der bei einer Firma in Arbeit  
steht, die dem Bayerischen Steinindustrieverband angehört, in der  
Stunde um 50 Pf., täglich 4 M., monatlich 100 M. weniger ver-  
dient als sein gleichwertiger Kollege. Daß dies auf die Lebens-  
haltung unserer Kollegen sehr ungünstig einwirkt, wird wohl nicht  
bestritten werden. Den gegenwärtigen klauen Geschäftsgang müßte  
die hiesigen Unternehmer ebenfalls sehr zu ihren Gunsten aus-  
nutzen. Während auch hier die Unternehmer der kleineren Betriebe be-  
müht sind, die Arbeiter über die Krise hinweg zu bringen, geht  
man in den großen und leistungsfähigen Betrieben dazu über, die  
Arbeiter zu entlassen. Wir werden uns aber hier strikte an die  
Verordnung vom 12. Februar 1920 halten. Der klauen Geschäftsgang  
soll lediglich als Mittel zum Zweck benutzt werden. Und der  
Zweck der Ueberung ist. Wiedereinführung der Akkorarbeit, jede  
Lohnserhöhung unmöglich machen. In den Betrieben wird es nutz-  
los, durch Einigkeit und Geschlossenheit diese Bestrebungen der  
Unternehmer zu zunichte zu machen.

**Leutkirch.** Die Firma **Feser** hier in **Leutkirch** beobachtet  
auch eigenartige Praktiken, die es notwendig machen, daß unsere  
Kollegen vor Arbeitsangeboten dieser Firma gewarnt werden.  
Ende Januar wurde der Kollege **Hofmann** dort eingestellt mit der  
Begründung dauernder Arbeit, infolgedessen er auch seine Familie  
nach dort nahm. Nun die Arbeit zusammenbrach, wird nicht  
versucht, durch Arbeitszeiterhöhung die Beschäftigten zu halten,  
sondern gelündigt, dann entlassen. Der Profit, den der einzelne  
dem Arbeitgeber erschafft, ist nicht dazu da, um diesen Arbeiter,  
über die schlechte Zeit mit hinwegzuführen, das sind revolutionäre  
Gedanken, die dem Herrn **Feser** so furchtbar und so neu sind, daß  
er drei Kreuze macht mit dem Bild nach oben und dann schnell  
auf seine Kassa. Der angereifene Schlichtungsausschuß verweigert  
die Wiedereinstellung. Herr **Feser** erschien auch nicht zur Ver-  
handlung, mit solchem Kleintum gibt er sich nicht ab. Den Schlichtungs-  
spruch lehnt er natürlich auch ab. Er läßt sie, erst befehlen vom  
Demobilisierungskommissionär oder gar erst vom Gericht. Dabei be-  
schäftigt er seine Lehrlinge und den andern Gesellen bis 12 Stun-  
den; ja, dann, die Beireiffenden arbeiten für sich. Die Solidarität  
ist ja immer schwer zu üben von Kleingeistern, wie bei dieser  
Firma. Ja, wenn Solidarität Vorbedingung bedeutet, dann wohl,  
so aber was schiert mich der andere, erst komme ich! In dieser  
Zeit werden große Ansprüche an Einigkeit, Solidarität und Kollektivität  
gestellt und mandatorisch haben wir seltsames Zusammen-  
stehen gesehen; doch in **Leutkirch** bei **Feser** kennt man dieses nicht.  
Die Kollegen in den Kleinbetrieben müssen manches bemerken zu  
ihrem Schick und Recht. Das kommt ihnen erst zum Bewußtsein,  
wenn sie in Bedrängnis sind. Vorher aber, wo sie auf Grund der  
vorliegenden Vorstellungen sich Rechte herausziehen können, wird in  
einem niemals zu entschuldigenden Gleichgültigkeit oder Leidig-  
gläubigkeit, von Ferien, von entsprechenden Löhnen usw. weniger  
geredet, sondern nur feste genagelt. Hier liegt der Hase im Pfeffer!  
Das zeigt sich auch wieder bei **Feser** in **Leutkirch**. Es trifft hier  
vollkommen zu, was der "Steinarbeiter" schon einmal bei anderer  
Gelegenheit schrieb: "Krauter bleibt Krauter!" Auch dann, wenn  
er sich im Arbeitsdrang nach so wehrartig in Worten gibt. Ist  
die Arbeit erledigt, dann hat sich auch alles andere erledigt. Unsere  
Kollegen in den kleinen Orten wollen und müssen es endlich ein-  
sehen, daß auch sie das Eisen zu schmieden haben, solange es heiß  
ist. Nachher ist's mit dem Schmieden vorbei!

**Lautschdorf.** Recht eigenartige Zustände führten bei der Firma  
**Schleife** **Porteindustrie** in **Lautschdorf** zum Streik der Arbeiter.  
Durch verschiedene Vorgänge innerhalb der Gesellschaft wurde vom  
Amtsgericht **Münchberg** ein Geschäftsführer zwangsweise dorthin zur  
Leitung des Betriebes beordert. Ist es schon eigenartig, daß man  
dazu einen gänzlich unsachmännlichen Mann bestimmte, so berührt es  
einmal direkt befremdend, daß dieser Herr es anheimerte nur daruf  
abgehen hat, den Betrieb in einer Weise unrentabel zu machen, die  
eine Betriebsverteilung und damit Arbeitslosigkeit von 70 Arbeitern in  
allerhöchster Zeit sicher erwarten läßt. Alle Vorstellungen des Betriebs-  
rates, dem auch ein Angehöriger, das heißt der Betriebsleiter angehört,  
blieben bisher nutzlos. Der Betriebsrat und die gewählte Arbeiter-  
schaft lehnen sich unter der Mithilfe der, die unter der Geschäfts-  
führung getroffen wird. Dringend notwendige Reparaturen, um dro-  
hende Unfälle zu verhindern, dürfen nicht vorgenommen werden, Werk-  
zeuge, die abgenutzt sind, werden nicht ersetzt, Erspargnisse, um den

